

Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung



41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 08.03.2017
Tagesordnungspunkt: FH.FH-TV Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

1 Unsere Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten verändert. In unseren Dörfern
2 und Städten begegnen sich Menschen mit und ohne Glauben, verschiedenen Hautfarben und
3 Geschlechtern. An unseren Schulen bringen Kinder unterschiedlichster Herkunft ihre
4 Geschichten und Biografien ein. In Unternehmen arbeiten Junge und Alte, Frauen und Männer
5 aus vielen Kulturen miteinander. Es gibt in unserem Land Familien, in denen über drei
6 Generationen hinweg verschiedene Religionen und Sprachen durch Partnerschaft und Ehe
7 zusammengekommen sind. Diese Vielfalt bereichert unser Land. Wir Grünen schauen auch hin,
8 wenn Unterschiede zu Spannungen und Problemen führen. Ein friedliches Zusammenleben in
9 Vielfalt muss gut organisiert werden, mit klaren und gleichen Regeln für alle. Das ist eine
10 gemeinsame Aufgabe, die uns allen etwas abverlangt und von der wir alle profitieren.

11 Menschenfeindliche Ideologien verhindern Integration und gefährden den gesellschaftlichen
12 Frieden – egal ob sie Rassismus, Islamismus, Antisemitismus oder Antiziganismus heißen.
13 Solchen Angriffen stellen wir Grünen uns mit aller Entschlossenheit entgegen. Wir stehen für
14 eine Gesellschaft, in der jede und jeder sicher und selbstbestimmt leben kann und die
15 individuelle Freiheit sowie die persönliche Identität geschützt sind. Sie erfahren erst dort
16 eine Grenze, wo die individuelle Freiheit anderer eingeschränkt wird. Unser Ziel ist eine
17 inklusive Gesellschaft, die in ihrer Vielfalt zusammenhält und die Menschen vor
18 Diskriminierung schützt. In der alle Menschen die gleichen Rechte und Pflichten haben, in
19 der alle am sozialen und demokratischen Leben gleichberechtigt teilhaben können.

20 In einer offenen Gesellschaft müssen Konflikte friedlich und demokratisch ausgetragen
21 werden. Deshalb wollen wir das Wissen über Demokratie in unseren Bildungseinrichtungen
22 stärken. Wir fördern, dass sich in Sportvereinen, Museen, Theatern oder Behörden
23 gesellschaftliche Vielfalt abbildet. Im Alltag kommt es immer noch oft zu Benachteiligungen
24 gegenüber einzelnen Gruppen und Personen. Wir wollen daher das Allgemeine
25 Gleichbehandlungsgesetz (AGG) reformieren und ein Verbandsklagerecht einführen. Roma und
26 Sinti sind seit Jahrhunderten in vielen Ländern Europas ganz besonders rassistischen
27 Anfeindungen und Ausgrenzungen ausgesetzt – auch bei in Deutschland. Es wird Zeit, dass wir
28 uns als Gesellschaft mit der Situation von Sinti und Roma ehrlich institutionell
29 auseinandersetzen.

30 Ein klarer Rahmen für das friedliche Zusammenleben der Religionen

31 Eine vielfältige, offene Gesellschaft baut auf die Grundrechte des Grundgesetzes. Sie halten
32 unsere Gesellschaft in ihrer Vielfalt zusammen und sichern das friedliche Zusammenleben.
33 Dazu gehört, dass Menschen ungeachtet ihrer Herkunft, Kultur und Weltanschauung
34 selbstbestimmt leben und sich gegenseitig respektieren. Das gilt sowohl für diejenigen, die
35 neu dazukommen, als auch für diejenigen, die schon lange hier leben.

36 Alle Menschen müssen die Freiheit haben, ihren Glauben zu leben, keinen Glauben zu haben
37 oder gemeinsam einen Glauben zu pflegen – seien sie jüdisch oder christlich, muslimisch oder
38 alevitisch, Humanist*innen, Atheist*innen oder frei von religiös-weltanschaulichem
39 Bekenntnis. Religiöse Lehren, Praktiken und Traditionen dürfen kritisiert werden, auch in
40 der Kunst. Die Zahl der Menschen ohne organisierte religiöse Bindung ist gestiegen. Nicht
41 nur ihnen, auch der wachsenden Vielfalt der Bekenntnisse in Deutschland wollen wir gerecht
42 werden, etwa in der Wohlfahrtspflege oder der öffentlichen Trauerkultur.

43 Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften können eine wichtige Säule einer lebendigen
44 Demokratie sein. Viele Menschen engagieren sich aus ihrem Glauben heraus gemeinsam mit
45 uns

46 für Geflüchtete, eine saubere Umwelt, weltweite Gerechtigkeit oder gegen Armut in ihrer
47 Nachbarschaft. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen
48 Zusammenhalt.

48 Zu Pluralität und Demokratie gehört, dass sie sich Kritik und dem öffentlichen Diskurs
49 stellen, eigene Ansichten nicht verabsolutieren und insofern nicht fundamentalistisch
50 agieren. Egal wie wichtig es dem Einzelnen ist und um welches religiöses Bekenntnis es geht:
51 Kein heiliges Buch steht über dem Grundgesetz. Religiösem Extremismus und Fanatismus
52 stellen

52 wir uns entschieden entgegen.

53 Für uns Grünen gehört auch der Islam zu Deutschland. Wir wollen islamische Gemeinschaften,
54 die ihren Glauben als Teil der offenen Gesellschaft leben, mit Imamen und islamischen
55 Religionslehrer*innen, die an deutschen Hochschulen ausgebildet worden sind. Islamische
56 Gemeinschaften können und sollen als Religionsgemeinschaften anerkannt werden, wenn sie
57 die

57 rechtlichen Voraussetzungen dafür erfüllen: orientiert am religiösen Bekenntnis und nicht
58 politisch oder sprachlich begründet. Sie können dann auch den Körperschaftsstatus erlangen
59 und gegenüber den Kirchen gleichberechtigt werden. Die vier großen muslimischen Verbände
60 DITIB, Islamrat, Zentralrat der Muslime, V.I.K.Z. erfüllen aus grüner Sicht zum
61 gegenwärtigen Zeitpunkt nicht die vom Grundgesetz geforderten Voraussetzungen. Wenn sie
62 sich

62 neu aufstellen, können sie zu islamischen Glaubensgemeinschaften in Deutschland werden. Es
63 ist jedoch inakzeptabel, dass Verbände aus dem Ausland gesteuert und zu politischen Zwecken
64 bis hin zu Spitzeltätigkeiten genutzt werden.

65 **Endlich gleiche Rechte**

66 Die Eingetragene Lebenspartnerschaft hat die Akzeptanz von Lesben und Schwulen deutlich
67 gestärkt, sie aber rechtlich nicht gleichgestellt. Deutschland ist hier der Zeit hinterher.

68 Wir Grünen wollen die Ehe endlich für alle öffnen und gleichgeschlechtlichen Paaren die
69 Adoption ermöglichen. Kinder aus allen Familienformen wollen wir gleichbehandeln und
70 unterstützen.

71 Wir setzen uns für ein neues Transsexuellenrecht mit einfachen Verfahren zur Änderung des
72 Vornamens und Berichtigung des Geschlechtseintrages ein. Wir wollen auch sicherstellen, dass
73 geschlechtszuweisende und -anpassende Operationen an minderjährigen intersexuellen
74 Menschen

74 nur mit ihrer Einwilligung durchgeführt werden. Mit einem bundesweiten Aktionsplan für

75 Vielfalt und gegen Homo- und Transphobie wollen wir Forschung, Prävention, Aus- und
76 Fortbildung bei Polizei und Justiz sowie für eine sensible Opferhilfe verbessern. Bildungs-
77 und Jugendpolitik soll Menschenrechtsbildung sowie Themen wie die Vielfalt sexueller
78 Identitäten stärker berücksichtigen. In den Landesregierungen haben wir hier auch gegen
79 Widerstände klare Akzente gesetzt, zum Beispiel mit den Bildungsplänen zur sexuellen
80 Vielfalt in Baden-Württemberg und in Hessen.

81 **Barrierefrei und gleichberechtigt leben**

82 Wir Grünen streiten für eine inklusive Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderungen
83 selbstbestimmt leben und teilhaben können. Jede und jeder soll die Unterstützung erhalten,
84 die jeweils benötigt wird. Inklusion ist ein Menschenrecht. Das Bundesteilhabegesetz der
85 Großen Koalition erfüllt diesen Anspruch noch nicht. Menschen mit Behinderungen erleben
86 immer wieder Einschränkungen: auf dem Bahnhof, wenn Fahrstühle fehlen, wenn die Kosten für
87 Gebärdensprachdolmetschung nicht übernommen werden oder bei der Wahl des Wohnortes. Wir

88 wollen den Mehrkostenvorbehalt abschaffen und die Bedingungen für den Ausbau des
89 selbständigen Wohnens mit Assistenz sowie des Betreuten Wohnens weiter verbessern.
90 Integrationsunternehmen sollen ausgebaut werden als echte Alternativen zu den Werkstätten.
91 Wer auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt arbeiten möchte, muss die dafür notwendige
92 Unterstützung erhalten. Die Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen
93 mit Behinderungen muss endlich auch in Deutschland umgesetzt werden.

94 **Für eine Drogenpolitik, die auf Prävention, Jugendschutz und Selbstbestimmung setzt**

95 Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik. Es ist längst klar, dass
96 Kriminalisierung und Repression keine erfolgreichen Mittel gegen den Konsum und Missbrauch
97 von Drogen sind. Die Ideologie geleitete Verbotstradition des Konsums von Cannabis
98 verursacht mehr Probleme, als sie bekämpft. Statt sinnfreier Strafverfolgung, die zudem
99 viele Millionen Euro kostet, setzen wir auf Prävention für Kinder und Jugendliche, eine
100 Stärkung der Suchthilfe für Abhängige und eine strenge Regulierung von Cannabis für
101 Erwachsene. Unser Cannabiskontrollgesetz weist den Weg, wie individuelle Freiheit für
102 Erwachsene und strikter Jugendschutz in eine ausgewogene Balance gebracht werden können.
Wir

103 wollen einen Jugendschutz mit strengen Kontrollen, mehr Prävention und die Vermeidung von
104 Gesundheitsrisiken für erwachsene Konsumenten durch Regulierung und Kontrolle der Qualität.

105 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

106

107 **Gleiche Rechte für gleiche Liebe - jetzt Ehe für alle öffnen!**

108 Ohne die volle Gleichstellung von homosexuellen Paaren bleibt jedes Reden über Toleranz
109 heiße Luft. Für uns Grüne war es ein großer Erfolg, die eingetragene Lebenspartnerschaft
110 einzuführen, aber noch sind wir nicht am Ziel. Noch immer bestehen Diskriminierungen. Wir
111 wollen diese Ungleichbehandlung lesbischer und schwuler Partnerschaften beenden und –
längst

112 überfällig – die Ehe für alle Paare öffnen. Gleiche Liebe verdient gleichen Respekt und
113 gleiche Rechte.

114

115 Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen

116 Wir wollen die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen stärken. Dafür werden wir
117 die

117 VN-Behindertenrechtskonvention konsequent umsetzen. Wir wollen, dass es keine
118 Sonderwelten

118 gibt, sondern Menschen mit und ohne Behinderung sich begegnen. Behinderte Menschen sollen
119 freier darüber entscheiden können, wo und wie sie wohnen. Auch darüber, welche Assistenz,
120 Pflege oder pädagogische Unterstützung sie möchten. Damit Werkstätten für Behinderte nicht
121 die einzige Arbeitsmöglichkeit sind, unterstützen wir Menschen mit Behinderungen besser bei
122 Bildung, Ausbildung und Arbeit.

123

124 Klare Regeln schaffen statt kriminalisieren - Cannabiskontrollgesetz einführen

125 Für Anbau, Handel und Abgabe von Cannabis wollen wir ein klar geregeltes und kontrolliertes
126 System schaffen. Dabei greifen – im Gegensatz zu heute – Verbraucher- und Jugendschutz sowie

127 Suchtprävention. Inhaltsstoffe sollen zukünftig überwacht und Altersbeschränkungen
128 eingehalten werden. Der Verkauf von Cannabis soll unter strenger Wahrung des Jugendschutzes
129 durch lizenzierte private Verkäuferinnen und Verkäufer erfolgen. So trocken wir den
130 Schwarzmarkt aus. Das entlastet Strafverfolgungsbehörden von zeitraubenden, kostspieligen
131 und ineffektiven Massenverfahren. Therapie- und Hilfsangebote wollen wir bedarfsgerecht
132 ausbauen.